Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür. 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

8. Dezember 1949 Blatt 1424

Wiener Gemeinderat

Heute vormittag wurde unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner die am Montag unterbrochene Sitzung des Wiener Gemeinderates fortgesetzt.

Der Gemeinderat erledigte als ersten Punkt der Tagesordnung die Wahl der Vertrauenspersonen für die Wiener Gemeindebezirkskommissionen in den Bezirken 1 bis 26. In jeder der Gemeindebezirkskommissionen wurden vier Vertreter der Sozialistischen Partei, zwei Vertreter der Österreichischen Volkspartei und je ein Vertreter des Linksblocks und der Wahlpartei der Unabhängigen gewählt. Die Gemeindebezirkskommissionen haben die Aufgabe, die vom Magistrat angelegten Schöffenlisten zu überprüfen.

Dann erfolgte die Ersatzwahl eines Mitgliedes des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Die Wahl wurde durch die Niederlegung dieser Funktion durch Bundesminister Ing. Waldbrunner notwendig. Für die freigewordene Stelle wurde von der Sozialistischen Partei Nationalrat Franz Rauscher nominiert und vom Gemeinderat gewählt.

Gemeinderat Koci übernimmt den Vorsitz.

GR. Wicha (WdU) betont den Willen der Unabhängigen, auf dem Boden wahrer Demokratie im Sinne ihres Programms Ersprießliches für die Stadt Wien und ihre Bevölkerung zu leisten. Die Hoffnung, daß sich in dieser Notzeit, in der wir uns heute zweifellos befinden, alle aufbauwilligen Kräfte konzentrieren würden, haben sich leider nicht erfüllt. Die langwierigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen seien auch bei der Wiener

Bevölkerung mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden.

Die Koalitionsparteien im Wiener Gemeinderat werden nun allein die Verantwortung für alles haben, was im Wiener Gemeinderat geschieht.

Mit dem Geist, den die Koalitionsparteien bisher gezeigt haben, werden die vom Bürgermeister angeführten gewaltigen Aufgaben nicht einer Lösung zugeführt werden können. (Stürmischer Widerspruch bei ÖVP und SPÖ.)

Im Verlauf der weiteren Ausführungen des Redners kommt es wiederholt zu stürmischen Zwischenrufen. Zwischenrufe bei den Kommunisten quittiert der Redner mit der Feststellung: Sie haben wohl viel Glück bei der Verlosung, aber weniger Glück bei den Wählern!(Zwischenrufe beim Linksblock: Was ist mit den Arbeiterkammerwahlen?) Bei den Arbeiterkammerwahlen haben wir besser abgeschnitten als Sie! (GR. Lauscher: Durch einen gigantischen Volksbetrug!)

Für die Unabhängigen sei einzig und allein das Wohl dieser Stadt und ihrer Bevölkerung und darüber hinaus das Wohl ganz Österreichs entscheidend. (Beifall beim WdU - lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialisten und Kommunisten.)

Zur Behebung der Wohnungsnot sei das Schwergewicht auf die Wiederherstellung beschädigter Wohnungen zu legen, in der Personalpolitik solle nach der Leistung und nicht nach der Parteizugehörigkeit entschieden werden.

Die Steuern und Tarife müßten mit der jetzigen Wirtschaftslage der Bevölkerung in Einklang gebracht werden. Man dürfe die Steuerträger nicht mit weiteren Steuerlasten behängen. Um das Wirtschaftsleben dieser Stadt anzukurbeln, müßten die bestehenden Steuern auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. (Zwischenruf bei den Sozialisten: Sie Schützer der Großkapitalisten!) Das ist kein Schutz der Kapitalisten, sondern eine Binsenwahrheit!

Der Redner setzt sich für die sofortige Einführung des Kurzstreckentarifes bei der Wiener Straßenbahn ein, ferner für die Einführung von Fürsorgefahrscheinen für die Arbeitslosen. (Beifall beim WdU.)

Die Gemeinde dürfe ihr Monopol auf dem Gebiete der Gas- und Elektrizitätsversorgung nicht dazu benützen, um der Bevölkerung den Gebrauch dieser Güter zu verwehren. (Stadtrat Jonas: Sind sie erst gestern nach Wien gekommen? - GR. Lauscher: Im August ist er nach Wien gekommen!) Ich war schon früher in Wien als Sie! (GR. Maller: Als Illelager waren Sie da! - Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialisten und dem Linksblock. - GR. Dr. Altmann: Vielleicht werden Sie sich wieder nach dem Westen absetzen?)

Abschließend gibt der Redner die Versicherung ab, seine Fraktion lasse sich durch das, was sie sich hier anhören mußte, nicht daran hindern, den von ihr als richtig erkannten Weg einzuschlagen und alle ihre Kräfte für das Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung einzusetzen. (Beifall beim WdU).

GR. Lauscher (LBl.) befaßt sich zunächst mit der politischen Zusammensetzung des neugewählten Gemeinderates. Auf den Bänken, wo einmal Frauenfeld, Suchenwirth, Hanke und Konsorten gesessen sind, sitzen heute, kaum fünf Jahre nach Kriegsende, wieder Vertreter des Neofaschismus. (Zwischenruf bei der WdU: Nächstens werden es mehr sein! GR. Dr. Altmann: Täuscht Euch nicht! GR. Franz, WdU: Die Propaganda macht Ihr für uns, wir brauchen keine zu machen. Die habt ihr vor den Wahlen gemacht, die habt Ihr nach den Wahlen gemacht und die macht Ihr jetzt weiter!)

Diese WdU-Männer sind keine unbeschriebenen Männer. Unter ihnen befindet sich ein Truppführer der berüchtigten Österreichischen Legion. (Zwischenruf bei der WdU: Namen nennen!) Heinrich Franz, Truppführer der Österreichischen Legion!. Unter ihnen befinden sich andere, die erst vor allzu kurzer Zeit aus dem Westen nach Wien zurückgekehrt sind, weil sie ihre berechtigte Angst, zur Verantwortung gezogen zu werden, dorthin getrieben hat. (Erneuter Zwischenruf bei der WdU: Namen nennen!) Herr Wicha und Herr Doppler! Sie haben sich im Westen aufgehalten. (GR. Doppler: Ich war in Kriegsgefangenschaft!) In Wahrheit sind diese Herrschaften nur Nachfolger jener Hitlergefolgsleute, die seinerzeit im Jahre 1932 mit den Braunhemden in den Wiener Gemeinderat eingezogen sind. (Stürmische Zwischenrufe bei der WdU. - GR. Franz:

Ich habe für Österreich gekämpft, da waren Sie noch nicht auf der Welt!) Aber für ein demokratisches, unab-hängiges Österreich haben Sie nicht gekämpft! (Erneute stürmische Zwischenrufe beim WdU. - GR. Franz: Sie sind ein Ehrabschneider!)

In dem folgenden Tumult stürmt der kommunistische GR. Maller von seinem Sektor durch die Mitte des Saales zum Sektor des WdU und stürzt sich dort auf den GR. Franz. Gemeinderäte der ÖVP aus dem Nebensektor drängen GR. Maller zurück und trennen die Streitenden.

GR. Wicha, WdU: Da geht es zu wie in einer Kaschemme, schämen Sie sich!

Vorsitzender GR. Koci (SPÖ) ruft zunächst GR. Wicha zur Ordnung, unmittelbar darauf auch GR. Maller. Letzterer stürzt in dem anhaltenden Trubel noch einmal auf den GR. Franz los, wird aber erneut von anderen Gemeinderäten zurückgedrängt.

Vorsitzender Koci: Dieses Haus ist keine Kaschemme! Wollen Sie das zur Kenntnis nehmen! (GR. Wicha: Das hab ich nicht gesagt!)

Nach diesen Sturmszenen führt GR. Lauscher in seinen Ausführungen fort: Wenn sich im Gemeinderat wieder Nachfolger der Hitlerpartei befinden, ist das für die Arbeiter und alle fortschrittlichen Menschen ein alarmierendes Zeichen. (Zwischenruf beim WdU: Das haben die Arbeiterkammerwahlen bewiesen!) Faschismus bedeutet grausamsten und blutigsten Terror, Entwürdigung des Menschen, Prügelbock, Hängepfahl, Gaskammer, Ausrottung der Juden, Vernichtung wehrloser Kinder, Kranker und Alter. (Erneute lebhafte Zwischenrufe beim WdU.) Es ist kein Zufall, wenn in der Presse der WdU bereits wieder das Herrenmenschentum, die soldatischen Tugenden, das Führerprinzip und Massenmord verherrlicht werden. Der WdU stellt sich gegen den Kampf der Arbeiter um ihre berechtigten Forderungen, er fordert den Abbau des Mieterschutzes und verlangt für die "armen" Hausherren "gerechte und vernünftige Mietzinse". (GR. Doppler, WdU: Sie wollen den Hausbesitz einstecken!)

Die Arbeiterschaft ist gewarnt. Im Kampfe gegen Neofaschismus und Reaktion kommt sie immer mehr zur Erkenntnis, daß ihr nichts geschenkt wird, daß sie zusammenstehen muß, daß sich alle Antifaschisten wieder zusammenfinden müssen zum Kampf für ein demokratisches und unabhängiges Österreich.

Die Neofaschisten sollen sich ein für alle Mal aus dem Kopf schlagen, daß es ihnen noch einmal gelingen könnte, Österreich in ihre Gewalt zu bringen. Die kämpfende Einheit der Arbeiterschaft wird das niemals zulassen und die Neofaschisten auch aus dem Wiener Gemeinderat hinwegfegen. (GR. Doppler, WdU: Größenwahn!)

Auf die Frage, wieso es überhaupt soweit kommen konnte, gibt GR. Lauscher die Antwort: Die gemeinsame Verantwortung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung seit den Wahlen des Jahres 1945 tragen ausschließlich die beiden Koalitionsparteien. Ihre antikommunistische, kapitalistische Politik hat zur Wiederbelebung des Faschismus geführt. Die WdU verdankt ihre Mandate im Wiener Gemeinderat den Mandatsverlusten der beiden Koalitionsparteien. Die Kommunisten und Linkssozialisten haben bei den Wahlen ihre Positionen verstärkt. (Zwischenruf beim WdU: Man hat es gesehen! - Heiterkeit.) Die Koalitionsparteien sind ausgezogen, den Linksblock zu schlagen, und haben selbst eine Niederlage erlitten. Die Wahlpropaganda der Koalitionsparteien war ein gigantischer Volksbetrug. Es wurde ein Scheinkampf zwischen den Koalitionspartnern aufgeführt. (GR. Marek, SPÖ: Das ist eine Rede für das Gasthaus "Zum lustigen Fuhrmann"!) Jeder Abgeordnete beurteilt eine Rede von seinem Standort aus; Kollege Marek von seinem, die Wiener Arbeiterschaft von einem anderen aus. Die Zeit nach den Wahlen steht aber bereits wieder ganz im Zeichen der Schicksalsgemeinschaft, obwohl die Unzufriedenheit der Anhänger der SPÖ mit der egoistischen Profitpolitik der ÖVP seit den Wahlen angewachsen ist. (Zwischenrufe bei der SPÖ - StR. Afritsch: Siehe die Arbeiterkammerwahlen! Sie müssen auch eine andere Zeitung lesen als nur die "Volksstimme"! - Heiterkeit.)

Wir haben es hier geradezu mit einer Demonstration der Schicksalsgemeinschaft zwischen der SPÖ und ÖVP zu tun. Die SPÖ macht auch im Wiener Rathaus keinen Schritt ohne die ÖVP. Das hat zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus in Österreich beigetragen. (Stürmische Zwischenrufe bei SPÖ, ÖVP und WdU. - GR. Wicha, WdU: Die Wiener Arbeiterschaft will Euch ja gar nicht!) Je dreister die ÖVP ihre Forderungen stellt, desto größer werden die Zugeständnisse der SPÖ. (StR. Afritsch: Das lassen Sie lieber unsere Sorge sein!) Wie kann man unter solchen Umständen noch von einem roten Wien reden? (Zwischenruf bei der ÖVP: Rot-Weiß-Rot!)

GR. Lauscher kommt sodann auf die anerkennenden Worte des Bürgermeister über die Tätigkeit des kommunistischen Stadtrates Dr. Matejka zu sprechen. (Vizebürgermeister Weinberger: Das ist die einzige Ausnahme bei euch!) Die Verdienste Dr. Matejkas auf dem Gebiete des kulturellen und geistigen Lebens unserer Stadt sind unbestritten. Es gibt nur einen Grund, weshalb man Dr. Matejka seiner Funktion als Stadtrat enthoben hat, er ist nämlich Kommunist. (Zwischenrufe: Nein, weil Sie zu wenig Stimmen haben!) Wir werden, fährt Redner fort, weiterhin auf unserer Forderung nach einer Vertretung des Linksblockes im Stadtsenat und in den Gemeinderatsausschüssen bestehen. (GR. Doppler, WdU: Da müssen Sie ein Lotteriespiel einführen!)

Die großsprecherischen Baupläne, die sich die beiden Koalitionsparteien vor der Wahl ausgedacht haben, stehen im krassen Gegensatz zu ihren bisherigen Leistungen. (StR. Afritsch: Sie haben schon früher von 70.000 Wohnungen gesprochen! - Heiterkeit.)

Wo die Kommunisten die Möglichkeit haben konstruktiv zu arbeiten, realisieren sie Pläne, die die ganze Welt verändern. Unsere Fraktion wird auch im neuen Gemeinderat bestrebt sein, die Sorgen und Nöte, die Wünsche und Forderungen der Wiener Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Wir werden uns bemühen, die Forderungen der Wiener an ihre Stadtverwaltung durchzusetzen. Das haben wir schon im alten Gemeinderat unter Beweis gestellt.

Der Redner beschäftigte sich sodann mit der Wohnungsnot in Wien und verlangte von der Gemeindeverwaltung entscheidende Maßnahmen. (Zwischenruf von der SPÖ: Ihr rennt offene Türen ein!) Die Wohnbaupolitik des Rathauses hat bisher versagt. Die Wohnbauversprechungen von 1945 stehen im großen und ganzen immer noch auf dem Papier. Die Parole der kommunistischen Fraktion lautet aber: Jeder Wiener Familie eine eigene gesunde Wohnung! Zur Verwirklichung dieses Grundsatzes verlangte GR. Lauscher die Durchführung des Wohnbauprogrammes der Kommunistischen Partei, das bereits im Frühjahr 1947 aufgestellt wurde. Danach ist es möglich, in vier Jahren 40.000 Wohnungen zu bauen und 30.000 beschädigte wiederherzustellen. (Ironische Zwischenrufe.) Es muß mehr gebaut werden, wenn man der Wohnungsnot ernsthaft an den Leib rücken will. Die Obdachlosenheime sind zu einer traurigen und beschämenden Dauereinrichtung unserer Stadt geworden. (Stadtrat Jonas: Flüchtlinge aus dem Osten!)

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wendet sich der Redner dagegen, daß hinderliche Paragraphen als Ausrede für die skandalösen Zustände auf dem Gebiet des Wohnungswesens benützt werden. Es gibt keine Ausrede für die Parteien, die gegenwärtig an der Macht sind. Die Kommunistische Partei vertritt die Auffassung, daß beim Wohnhausbau ohne Rücksicht auf die Profite der Hausherrn vorgegangen werden muß. Die Gemeindeverwaltung muß Bauaufträge erteilen und ihre Erfüllung mit allen Mitteln durchsetzen. Die neuen Wohnungen müssen den wirklich Bedürftigen zugewiesen und mit der Protektionswirtschaft Schluß gemacht werden.

GR. Lauscher beschäftigt sich sodann mit der Frage des Mieterschutzes, der durch das Wohnungswiederaufbaugesetz bedroht ist, das den Mietern eine 72prozentige Erhöhung des Mietzinses bringen wird. Die Praxis hat gezeigt, daß dieses Gesetz für den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen unbrauchbar ist. Die Wiener Mieterschaft wird den Mieterschutz mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen.

Auf dem Gebiet der Fürsorge fordert der Redner eine Erhöhung der Renten der Dauerbefürsorgten auf mindestens 250 Schilling, weil die gegenwärtig zur Auszahlung kommenden

Beträge nicht einmal ausreichen, daß sich die alten Leute satt-essen können. Er verlangte ferner die Intensivierung der Jugendfürsorge, die Bekämpfung der Tuberkulose und Modernisierung der Spitäler. Als besonders wichtig bezeichnete GR. Lauscher die Unterstützung der Berufsausbildung der Jugend. Er verlangte Errichtung von Lehrwerkstätten und die Vermittlung von Lehrstellen.

Schließlich forderte der Redner, von dem Prinzip der Kostendeckung bei den Städtischen Unternehmungen abzugehen, solange dieses Prinzip nicht auch für die Lebenshaltungskosten der werktätigen Bevölkerung angewendet wird. Er verlangte, daß die Gemeinde Wien mit gutem Beispiel vorangehen und die Tarife herabsetzen möge. In diesem Zusammenhang unterstütze er auch einen Wunsch der Bevölkerung der Wiener Randgemeinden auf Einbeziehung ihrer Bezirke in das gesamtstädtische Verkehrsnetz.

Allgemein stellte GR. Lauscher die Forderung auf, daß die Gemeinde sich in ihrer Finanzpolitik von der unsozialen Finanzpolitik des Bundes unterscheiden müsse. Er sprach sich in diesem Zusammenhang auch gegen den Marshall-Plan aus, der Lohndrückung und Ausplünderung der werktätigen Volksmassen mit sich bringe.

Die Fraktion des Linksblocks habe bei der Wahl des Bürgermeisters für Theodor Körner gestimmt, weil sie in seiner Person einen Vertreter der Wiener Interessen sehe. Er richtet an den Bürgermeister die Aufforderung, bei den kommenden Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich dafür zu sorgen, daß nicht neuerlich die Wiener Interessen preisgegeben werden. Wien müsse einen größeren Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben als bisher bekommen, um seine sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können.

Der Redner verurteilt das Vorgehen der Gemeindeverwaltung, sich bei der Gewährung der Überbrückungshilfen wieder ins Schlepptau der Regierung nehmen zu lassen. Jedes Gerede von einem sozialen oder Roten Wien sei ein Volksbetrug, solange die Mehrheitsfraktionen in der Verwaltung der Stadt die bisherigen kapitalistischen Methoden weiter praktizieren.

Der Linksblock sehe seine Aufgabe darin, gemeinsam mit den Wiener Arbeitern für ein menschenwürdiges Leben und eine gesicherte Zukunft zu kämpfen. Von diesem Grundsatz werde die Arbeit seiner Fraktion im Wiener Gemeinderat geleitet sein.

GR. Guger (LBl.) bezeichnet es als die vornehmste Aufgabe der Linkssozialisten im Wiener Gemeinderat, an die alte Tradition des Roten Wien anzuknüpfen. (StR. Jonas: Das überlassen Sie anderen!) Die heutige Führung der Sozialistischen Partei habe weder den Willen noch sei sie befähigt, diese gigantischen Leistungen fortzusetzen. (StR. Jonas: Sie brauchen wir nicht dazu!) Daß die SPÖ heute nicht mehr die Männer habe, diese Gedanken in die Tat umzusetzen, habe sie in den letzten vier Jahren genügend bewiesen. Die heutige sozialistische Parteispitze und ihre Vertreter hier im Hause seien von den Grundsätzen einer sozialistischen Kommunalpolitik unter Breitner weit abgekommen. (StR. Afritsch: "Scharf" beobachtet!) Die Arbeiterschaft frage sich, warum die Gemeinde Wien heute weniger als in der Vergangenheit baue. (St.R. Afritsch: Er weiß nicht, daß Bomben gefallen sind!) Jeder wisse, daß die ÖVP Steuern gegen die Besitzenden nicht beschließen werde, (Vizebürgermeister Weinberger: Sie werden sich noch wundern, Herr!) Heute sitzen SPÖ und ÖVP in friedlicher Eintracht nebeneinander und führen die Geschäfte dieser Stadt. Die Regierungsparteien haben die Erhöhung der Fürsorgerenten, ein Wohnbauprogramm und viele andere ernsthafte Vorschläge abgelehnt, haben aber gemeinsam die Erhöhungen der Straßenbahntarife, und der Tarife von Strom und Gas beschlossen. Nach Ansicht der Linkssozialisten müsse mit dieser Koalitionspolitik Schluß gemacht werden. Seinerzeit unter Tandler wurden neue Grundsätze der Fürsorgepolitik eingeführt, so daß man beim Wiener Bürgertum von einer Fürsorgeinflation sprach: heute haben wir eine Fürsorgedeflation. (Stürmischer Widerspruch bei der SPÖ.) Die berechtigten Forderungen der Wiener Arbeiterschaft werden von der Koalition ÖVP-SPÖ nie erfüllt werden.

Durch diese Politik sei in Österreich neuerlich die Gefahr des Faschismus heraufbeschworen worden. (Ruf beim WdU: Sie können beruhigt sein, der Faschismus ist begraben!) So sei es möglich geworden, daß sechs Vertreter des Neofaschismus im Gemeinderat einziehen konnten. Diese Tatsache sei eine der größten Enttäuschungen für die gesamte österreichische Arbeiterschft gewesen.

Von diesen Grundsätzen werde die Politik der Linkssozialisten im Gemeinderate geleitet sein.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) betont, es sei höchste Zeit, von der etwas heiteren Angelegenheit der bisherigen Debatte zum Ernst des Gegenstandes, zur Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu der Erklärung des Bürgermeisters zurückzukehren.

Die Ausführungen des GR. Lauscher habe er nicht ernst nehmen können, genau so wenig wie er den Ausführungen des Aftermieters der KPÖ Beachtung schenken könne. Bei den Ausführungen des Vertreters des WdU hingegen sei die Kürze das Interessanteste gewesen.

Wenn der GR. Lauscher von "übernehmen" gesprochen habe, so könne er überzeugt sein, daß sich Wien und Österreich nicht so übernehmen lassen werden, wie sich leider andere Völker in unserer nächsten Nachbarschaft übernehmen ließen. (Starker Beifall bei der ÖVP.) Weil wir dafür sorgen wollen, daß die Bevölkerung nicht von fünf Prozent übernommen wird, sondern von dem Prozentsatz regiert wird, den sie freiwillig und geheim gewählt hat, deshalb fanden die langen Verhandlungen zwischen den beiden großen Parteien statt.

Wir haben die Erklärung des Herrn Bürgermeisters über die Absichten der künftigen Stadtverwaltung, die wir voll unterstützen, begrüßt und uns dafür eingesetzt, weil die Erklärung des Oberhauptes der Stadt vor Beginn einer längeren Amtsperiode der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden soll.

Auf Zwischenrufe des GR. Lauscher fährt der Redner fort: Es ist die schrecklichste Reaktion, den Menschen zu entmenschlichen und die Freiheit zu unterdrücken. Diese Reaktion ist aber dort vollzogen und vollzieht sich täglich noch immer dort, wo es Ihnen, Kollege Lauscher, gelungen ist, mit Hilfe der 5prozentigen Mehrheit und der Gewalt der faschistischen Methoden über Nacht zur Mehrheit zu kommen. (Lebhafte Zustimmungen bei den Parteigenossen. - Erneute Zwischenrufe des GR. Lauscher.)

Die vernünftige Zusammenarbeit der beiden großen Parteien hat im Verlauf der letzten vier Jahre einen erfreulichen sichtbaren Erfolg erzielt. Nur Blinde oder Böswillige können dies nicht anerkennen. Ziehen wir doch einen Vergleich zwischen 1945 und 1949! (GR. Lauscher: ...

Was hat denn die Arbeiterschaft davon, die sich abgerackert und abgeplagt hat? Die Profite stecken andere ein! - Gegenrufe bei der ÖVP.) Die Aufbauarbeit der Bevölkerung hat vor allem eines gesichert, daß höher als alles irdische Gut die persönliche Freiheit steht. (Starker Beifall bei den Parteigenossen - GR.Lauscher: Die Freiheit der Arbeitslosigkeit! - Gegenruf bei der ÖVP: Die Freiheit der Menschen!) Die Freiheit der Arbeiterschaft geht soweit, daß es in dieser Demokratie sogar einer 5-prozentigen Minderheit möglich ist, so viel und so laut wie Sie zu sprechen. Was würde umgekehrt geschehen, wenn die 90-Prozent in geheimer Wahl geschaffene Mehrheit in gewissen Nachbarstaaten Österreichs wagen würde, ihre Meinung so zu äußern, wie Sie als 5-prozentige Minderheit in diesem Hause sprechen können! (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Redner appelliert an alle Demokraten, am weiteren Aufbau mitzuarbeiten. Eine außerordentlich große Rolle wird die Bautätigkeit spielen. Der Unterschied zwischen uns und der KPÖ dabei ist der, daß wir nicht warten und uns freuen, wenn die Häuser zusammenstürzen. (GR. Lauscher: In Budapest hat man nicht darauf gewartet! - Zwischenruf bei der ÖVP: Aber Ihr wartet darauf! - GR. Lauscher: 137 Wohnungen werden täglich in Warschau neu gebaut! - Zwischenruf bei der ÖVP: KZ!) Das Beispiel von Budapest und Warschau kann mir in gar keiner Weise imponieren. Wenn Sie der Arbeiterschaft unserer Stadt goldene Häuser bauen würden, so würde sie doch die Freiheit vorziehen und Ihre goldenen Käfige ablehnen. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner entwickelt hierauf die Ansichten der ÖVP zu den Problemen des Bauens und spricht sich aus für die genossenschaftliche und private Bautätigkeit, die verkehrstechnische Aufschliessung bestehender Siedlungen, die Forcierung der Renovierungsarbeiten an zerstörten Häusern sowie die Kreditbeschaffung für diese Bautätigkeit. Er regt im einzelnen die Begebung innerer Anleihen für wichtige Zwecke des Wiederaufbaues, des Fremdenverkehrs und der Investitionen an.

Besonders betont Vizebürgermeister Weinberger, daß beim Wiederaufbau Wiens wirklich großzügig vorgegangen und an alles gedacht wird, das die Hauptstadt Österreichs unbedingt braucht, um ihre Geltung zu behalten und zu vergrößern. Er sprach sich in diesem Zusammenhang besonders für das "soziale Grün" aus, das schon Bürgermeister Lueger zum Ziel gehabt hat. Daneben müssen viele Sport- und Spielplätze entstehen. Besonders wichtig ist es aber, unser Verkehrswesen zu verbessern. Es muß alles getan werden, um die heute schon fast unerträglichen Verkehrsverhältnisse durch eine U-Bahn zu entlasten. Auf einen Zwischenruf von GR. Lauscher: "Bauen Sie zuerst Wohnungen!", betont der Redner, daß auch die U-Bahn vor allem im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Ferner trat der Redner für den Ausbau des Wiener Hafens ein, bevor andere diesem Projekt zuvorkommen.

Der Redner gab auch seine Zustimmung zu dem Ausbau der Wiener Spitäler und regte besonders den Ausbau des Floridsdorfer Spitales zu einem Volksspital an. Auch das Problem des Allgemeinen Krankenhauses muß einer vernünftigen Lösung zugeführt werden.

Auf Fragen der Kulturarbeit eingehend, sprach Vizebürgermeister Weinberger sein persönliches Bedauern aus, daß Dr. Matejka aus diesem Ressort ausgeschieden ist, weil er es wirklich mit Herz und mit Liebe geführt und mitgeholfen hat, vieles im guten weiterzubringen. Der Redner gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch der neue Stadtrat sein Ressort auf diese Weise leiten werde.

Wenn wir Kultur sagen, fuhr der Redner fort, dann müssen wir selbstverständlich an die Volksbildung, die Arbeiterbildung und die Förderung der jungen Menschen denken, aber auch an unseren Dom. Erst wenn dieser Dom stehen wird so wie er war, wird Wien wieder sein altes Gesicht haben. Der Vizebürgermeister sprach die Hoffnung aus, daß hier die Sozialisten zusammen mit der Volkspartei alles tun wollen, daß nicht nur der Dom sondern auch die Oper und das Burgtheater und neben den Häusern der Menschen auch Siedlungen Gottes wieder erstehen werden. Das alles gehört auch dazu, wenn von Kultur in Wien gesprochen wird.

Nicht zuletzt wird aber auch die wirtschaftliche Stellung unserer Stadt sehr davon abhängen, daß das gute Handwerk wieder seine alte Bedeutung erlangt. Besonders auf dem Gebiet der Mode und des Kunsthandwerkes ergeben sich große Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang gedachte der Redner auch den Leistungen der Randbewohner, der Bauern und Weinhauer, vor allem aber der Gärtner, die sich um die Gemüseversorgung bemüht haben.

Besonders betonte der Redner, daß dem Mittelstand geholfen werden müsse. Unsere Künstler und Wissenschaftler leben unter den schwierigsten Umständen. Man wird sich gemeinsam bemühen müssen, dieser Schichte der Arbeiter unserer Stadt so weit wie möglich zu helfen.

Ein wichtiges Kapitel stellt auch der Fremdenverkehr und seine Unterstützung und Förderung dar.

Über die Wiener Symphoniker sagte der Vizebürgermeister Weinberger, daß dieses wunderbare Orchester erhalten bleiben muß, wenn wir weiter als die Musikstadt der Welt gelten wollen. Auch die Theaterkrise muß im Interesse unserer Stadt gemeinsam gelöst werden. Schließlich soll auch bei den Neubauten mehr daran gedacht werden, die Fassaden künstlerisch auszugestalten und so den bildenden Künstlern Arbeit zu vermitteln. Wenn all dies durchgeführt wird, dann wird es auch gelingen, die Vollbeschäftigung zu sichern. Bei Verwirklichung der Vollbeschäftigung kann auch die Verwaltungsreform in einer vernünftigen Weise gelöst werden. Nur unter diesen Umständen wird sie auch einen Sinn haben.

Der Redner sprach sich auch für die Mitarbeit der Gewerkschaft und ihrer Vertreter aus, verlangte aber, daß auf diese Weise keine Doppelverwaltung oder Parcienverwaltung entstünde.

Zur Frage der Alt-Österreicher ersuchte der Redner den zuständigen Stadtrat die Einbürgerungen rascher zu erledigen. Es handle sich hier nicht um Fremde sondern um unsere Leute, die fleissig am Wiederaufbau mitgearbeitet haben.

Zur NS-Frage betonte der Redner, daß sich die Volkspartei von der ersten Stunde der Befreiung an gegen den Haß gestellt hat und für die Versöhnung eingetreten ist. Sie wird auch weiterhin dafür eintreten, daß mit den alten Resten der Ungleichheit Schluß gemacht wird.

Über die WdU sagte Vizebürgermeister Weinberger, daß ihm die Vertreter dieser Fraktion persönlich unbekannt seien. Er könne ihnen daher heute nicht die Möglichkeit der demokratischen Entwicklung absprechen. Die Volkspartei wird abwarten. Er warne aber heute schon vor jedem Versuch eines Rückfalles in irgendeinen Wahn der Vergangenheit, denn dieser würde ausgerottet werden ehe noch andere dazukommen, dagegen einzuschreiten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Die ÖVP lehnen den Faschismus jeder Prägung ab. Sie sei entschlossen, bei uns jede Art einer solchen Unmenschlichkeit, wie sie derzeit in verschiedenen Staaten herrscht, zu verhindern.

Die Österreichische Volkspartei habe den Auftrag ihrer 400.000 Wähler richtig verstanden: Zusammenarbeit, gute, billige, sparsame Verwaltung, die Sorge für unsere jungen Leute, für die Alten, für die Mütter, Sorge für die Wohlfahrt, die Fürsorge, die Gesundheit der Bevölkerung, die Kultur, mit einem Wort: für all das, was den Menschen dieser Stadt schon immer am Herzen gelegen ist.

Die Abgeordneten der ÖVP betrachten sich als Treuhänder des Volkes und werden diese Treuhänderschaft sehr ernst nehmen.

Bezüglich der Frage des GR. Lauscher, was er unter der "großen Freiheit" verstehe, könne er nur die Worte Pater Lombardis unterstreichen, daß die eine ungeheure Machtgruppe darangehen will, eine Freiheit zu schaffen, ohne die Gerechtigkeit herzustellen, und daß die andere ungeheuerliche Machtgruppe daran gehe, eine Art von Gerechtigkeit herzustellen, ohne einen Funken Menschlichkeit.

Diese Freiheit bestehe darin, daß man von niemand abhängig ist, daß der einzelne Mensch sich frei bewegen und frei handeln kann. Ein Weg hiezu sei die Verwirklichung des Gedankens des Wohnungseigentums, der Werksgenossenschaften usw. Die ÖVP wolle

keine verstaatlichten Menschen, keine Parteifiguren, sondern wirklich freie, menschliche Persönlichkeiten. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Die äußere Freiheit werde uns seit 5 Jahren versprochen, ohne daß sie uns gegeben wurde, die innere Freiheit können wir durch unser Beispiel der Zusammenarbeit und der Sicherung der einzelnen Menschen entscheidend beeinflussen. Die große Freiheit werde dort standhalten, wo die persönliche Freiheit entsprechend fundiert und gesichert ist. Wenn man die Völker des Raumes des alten Österreich heute darüber entscheiden ließe, ob sie unter den Verhältnissen der damaligen Zeit oder unter den heutigen leben wollen, dann würden sie sich bestimmt mit einer übergroßen Mehrheit für die Freiheit von damals entscheiden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) Vielleicht wird es möglich sein, den natürlich gewachsenen Raum rund um Wien wieder einmal etwas enger zusammenzufassen. Man dürfe also nicht nur für das Wien von heute oder morgen, sondern müsse im Großen gesehen für dieses Wien von übermorgen Sorge tragen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Österreichische Volkspartei liebe diese Stadt Wien, sie wolle gemeinsam mit den Sozialisten für sie arbeiten und für die Bevölkerung dieser Stadt sorgen. Es sei keine Liebesheirat gewesen, die hier geschlossen wurde, sondern eine Vernunftehe. Nicht nur einmal im Leben soll es aber vorgekommen sein, daß sogenannte Vernunftehen viel dauerhafter waren und viel besser gehalten haben als überstürzte Liebeschen. (Allgemeine Heiterkeit.) Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß aus dieser Übereinkunft der beiden großen Parteien des Hauses, aus der demokratischen Zusammenarbeit der 90 Prozent des Volkes von Wien, recht viel Segen und Glück für diese Stadt erwachsen möge. Alle müßten dafür arbeiten, daß dieses Wien wieder das wird, was es einst gewesen ist: die Stadt der Arbeit, der Kultur, der Wirtschaft, des Geistes, vor allem aber eine Metropole der Freiheit und der Menschlichkeit, an der jeder Ansturm der Unmenschlichkeit abprallen wird und muß. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Für die Sozialistische Partei sprach Stadtrat Jonas. Dieser wies einleitend auf die großen Aufgaben hin, die in Wien noch zu bewältigen sind und zu deren Bewältigung sich die beiden großen Parteien zusammengeschlossen haben. Dieser Zusammenschluß bedeute jedoch keineswegs die Aufgabe ihrer grundsätzlichen politischen Einstellung. Die ÖVP habe diese Zusammenarbeit nicht gut inauguriert, da sie im Wahlkampf die Sozialistische Partei in den Augen der Bevölkerung mit einer bewußten Verleumdung herabgesetzt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Es gehört entweder böser Wille oder Unkenntnis dazu, gerade der Sozialistischen Partei den Vorwurf zu machen, als ob sie auf die Grundprinzipien der menschlichen Freiheit nicht Wert legen würde, als ob gerade sie ein gefährlicher Faktor im öffentlichen Leben wäre, der zu wenig Widerstandskraft gegen die Gefahren, die unserem Volke drohen, aufbrächte. In der Geschichte unserer Republik war es einzig und allein die sozialistische Arbeiterschaft, die rechtzeitig den Kampf um die Freiheit geführt hat. (Starker Beifall bei den Sozialisten.) Diesen Grundsätzen bleibt die Sozialistische Partei auch nach 1945 treu. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Man dient den arbeitenden Menschen dieser Stadt nicht gut, wenn man ihre Leistungen seit 1945 verkleinert. Es ist uns gelungen, unserer Stadt wieder ein halbwegs normales Aussehen zu geben und sogar auch neue Schöpfungen durchzuführen. Die Sozialistische Partei hat ihre Auffassungen über die Notwendigkeiten in dieser Stadt in ihrem Programm niedergelegt, und wir stellen uns hinter diesen, damit es zum Wohle der Bevölkerung verwirklicht werde. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Das Wohnungsproblem ist schon seit Jahrzehnten ein schmerzliches Problem unserer Stadt. Von der Beseitigung der Wohnungsnot hängt das Glück von zehntausenden jungen Familien und Wiener Kindern ab. Wir sind entschlossen, nach Kräften für deren Glück zu sorgen. Auch auf dem Gebiete der Fürsorge ist es uns gelungen, bessere Zustände zu erreichen. Unabhängig von den jeweiligen Verhältnissen bleibt unsere Fürsorge für Mutter und Kind, für die Jugend und für jene Menschen, die wegen ihres

Ausscheidens aus dem Arbeitsprozeß hilfsbedürftig werden, bestehen. Unsere Bevölkerung kann im internationalen Wirtschaftsleben nur dann eine große Rolle spielen, wenn sie vor allem Qualitätsgüter erzeugt. Diese kann sie aber nur erzeugen, wenn sie eine Qualitätsausbildung erhalten hat. Aus diesem Grunde erwarten wir von der Wiener Schule und ihren Lehrpersonen eine gute Ausbildung der Jugend für den Lebenskampf. Redner spricht sich im Zusammenhang damit unter dem lebhaften Beifall seiner Parteigenossen für die Errichtung von Lehrwerkstätten aus.

Es ist kein Wunder, daß die sozialistische Fraktion Wert darauf gelegt hat, das Referat für Kultur und Volksbildung wieder in ihren Besitzstand zurückzunehmen, aus dem es im Jahre 1946 leihweise der kommunistischen Fraktion überstellt wurde. Sie wird dafür sorgen, daß in dieser Geschäftsgruppe den wirklichen Kulturbedürfnissen der arbeitenden Menschen Rechnung getragen wird. (Zustimmung bei den Parteigenossen.) Zur Ermöglichung einer sozialen Tarif- und Steuerpolitik wird die Gemeinde Wien so produktiv als möglich arbeiten und die Wirtschaft in einer möglichst umfassenden Weise befruchten, aber auch eine sparsame Verwaltung führen und alle Möglichkeiten der Verwaltungsreform ausnützen müssen. Wenn das gelingt, wäre auch das Problem der Vollbeschäftigung gelöst und wir könnten manche Fürsorgeausgaben vermeiden. Die sozialistische Fraktion ist auch dazu entschlossen, die Bedeutung Wiens als altes Handels- und Verkehrszentrum wiederherzustellen.

Stadtrat Jonas hebt das einvernehmliche Arbeiten der sozialistischen Fraktion mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen der Angestelltenschaft hervor, das auch in Zukunft gepflegt werden solle. Er appelliert an die Angestellten der Gemeinde, den Rat und Hilfe suchenden Menschen noch mehr als bisher entgegenzukommen und nicht zu vergessen, daß hinter jedem Akt ein menschliches Schicksal steht. Im Hinblick auf die bevorstehende Auflösung kriegsbedingter Ämter spricht er den Wunsch aus, daß dadurch niemand seines Arbeitsplatzes beraubt werde.

Die sozialistische Fraktion nimmt die Erklärung der neuen Partei, daß sie in demokratischer Weise an der Verwaltung mitzuarbeiten wünscht, zur Kenntnis, behält sich aber vor, diese Fraktion nach dem zu beurteilen, was sie im Gemeinderat leisten wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Es ist nicht Schuld unserer Fraktion, setzt der Redner fort, wenn der neue Teilhaber in die Gemeindeverwaltung mit einem nicht ganz reinen Ruf einzieht und in der Meinung des übergroßen Teiles unserer Bevölkerung als eine Nachgeburt des Dritten Reichs empfunden wird. In dieser Partei werden viele Menschen sein, die an der Vergangenheit irre geworden sind und sich jetzt durchringen wollen, aber die SPÖ wird aus den blutigen Erfahrungen des letzten Jahrzehntes allen Bestrebungen mit dem Ziele, eine Renaissance der alten Ideen der Gewalt und Diktatur wieder herbeizuführen, von vornherein den notwendigen Widerstand entgegensetzen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Die kommunistische Fraktion hat während der letzten vier Jahre trotz Mitverantwortung das billige Brot der Opposition gegessen und ihre Stellung in manchen Situationen nicht nach sachlichen Bedürfnissen, sondern nach stark an demagogische Einflüsse erinnernden Bedürfnissen bezogen. Deshalb wundert es uns nicht, daß ihr Sprecher heute noch mehr als bisher Lizitationspolitik betrieben hat. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Die kommunistische Fraktion erweist der Demokratie den schlechtesten Dienst, wenn in diesem Hause immer wieder verschwiegen wird, was an all der Not und dem Elend des Wiener Volkes schuld ist. Man hilft dieser jungen Demokratie nicht dadurch, daß man ihr die Sünden der Diktatur ankreidet und ihre Leistungen herabsetzt. (Erneute Zustimmung.) Es ist eine Geschichtsfälschung, wenn die Schuld des Faschismus an diesem Unglück verschwiegen wird. Wenn die beiden großen Parteien ihre Kräfte addieren, um stärker zu werden, so machen sie das in offener Weise, was in anderen Ländern versteckt geschieht, wo man bei Wahlen schon von vornherein dafür sorgt, daß die Volksgemeinschaft auf dem Papier zu 90 Prozent festgesetzt wird. (Zustimmung).

Stadtrat Jonas wandte sich sodann dem Problem der Randgemeinden zu, das für viele Zehntausende Menschen, aber auch für die Verwaltung unangenehme Verhältnisse mit sich bringt. Er richtet das Ersuchen an die Alliierten das betreffende Gesetz endlich einmal zu genehmigen, damit auch auf diesem Gebiet gesicherte und gesunde Verhältnisse möglich werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Der Redner richtete bei dieser Gelegenheit auch einen Appell an die Großmächte, Österreich den Staatsvertrag zu geben (Erneuter, lebhafter Beifall). Schließlich nahm Stadtrat Jonas seine Rede auch zum Anlaß, um nochmals das Ersuchen zu stellen, alle noch immer in Gefangenschaft befindlichen Menschen nach Hause zu schicken. (Beifall)

Stadtrat Jonas fuhr dann fort: Das Volk von Wien war in den letzten vier Jahren imstande, die schwierigsten Situationen zu überwinden, aber diese äußere Normalisierung des Lebens darf in uns nicht die irrige Meinung aufkommen lassen, als ob nicht noch immer das erlittene Ungemach der vergangenen Jahre in uns nachzittert. Es fehlt uns allen noch das Gefühl der Sicherheit und der Ruhe, um unserer Arbeit und unseren Aufgaben nachgehen zu können. Die Menschheit ist noch immer bedrückt von dem Gefühle, daß eines Tages wieder Krieg sein könnte. Es wird Aufgabe der Gemeindevertretung sein, in ihrem bescheidenen Rahmen wenigstens der Wiener Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen.

Der Redner sprach sich in diesem Zusammenhang für eine gerechte Verteilung der Lasten, die der Krieg gebracht hat, aus. (Lebhafter Beifall.) Er schloß mit den Worten: Die sozialistische Fraktion wird sich hinter das Programm der Sozialistischen Partei stellen. Sie identifiziert sich mit der Rede des Bürgermeisters und sie wird nicht irgendwelche Einflüsterungen von links oder rechts zu ihrer Richtschnur nehmen, sondern als Impulse für ihre Arbeit die Fabriken und Büros, die Wohnungen der arbeitenden Menschen aussuchen. Den Bedürfnissen, Hoffnungen und den Wünschen dieser Menschen wird die sozialistische Fraktion in diesem Haus ein getreuer Diener sein. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende GR. Koci um 14 Uhr die erste Sitzung des neu gewählten Wiener Gemeinderates.

Ferkelmarkt vom 7. Dezember

Aufgebracht wurden 154 Ferkel, von denen 80 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 210 S, 7 Wochen 229 S, 8 Wochen 280 S, 9 Wochen 312 S. Auf dem Ferkelmarkt waren 5 Händler und 10 Produzenten erschienen.

Unter anderem wurden auf den Markt gebracht und verkauft: 3 Gänse á 65 bis 70 S, 3 Enten á 30 S, 2 Hühner á 25 S, 2 Hähne á 22 S.

Die Nachfrage konnte trotz des schlechten Wetters als gut bezeichnet werden.